

Zuwendungsvertrag

zwischen

dem Deutschen Akademischen Austauschdienst e.V. (DAAD), Kennedyallee 50, 53175 Bonn, vertreten durch den Generalsekretär, dieser vertreten durch Frank Merkle

-Zuwendungsgeber-

und

Universidad Nacional de Colombia Bogotá, Carrera 30 No. 45-03, N/A Bogotá, vertreten durch Prof. Dr. Dolly Montoya Castano, Rektorin

-Zuwendungsempfänger-**1. Höhe der Zuwendung und Finanzierungsart**

Der Zuwendungsgeber (ZG) bewilligt dem Zuwendungsempfänger (ZE) aus Mitteln des Auswärtigen Amtes (AA) eine nicht rückzahlbare Zuwendung zur Projektförderung in Höhe von

bis zu **20.925,00 Euro**

(in Buchstaben: zwanzigtausendneunhundertfünfundzwanzig Euro).

Die Zuwendung wird als Festbetragsfinanzierung gewährt.

Die Zuwendung steht unter dem Vorbehalt der Bereitstellung der Mittel durch das AA.

2. Zuwendungszweck und Vertragsbestandteile

Die Zuwendung wird zur Durchführung des Projekts im Förderprogramm **Studienreisen für Gruppen ausländischer Studierender in Deutschland 2023** und zur Erreichung des Projektziels/der Projektziele gemäß Projektbeschreibung und dem dazugehörigen Finanzierungsplan vom 28.12.2022 gewährt.

3. Bewilligungszeitraum

Die bewilligte Zuwendung steht dem ZE in der Zeit vom 01.02.2023 bis 30.06.2023 zur Verfügung.

Die Mittel sind zweckgebunden und ausschließlich für Zahlungen in dem angegebenen Zeitraum bestimmt.

4. Projektverantwortung

Der ZE benennt folgende projektverantwortliche Person (PV):

Dr. German Prieto

Diese ist ermächtigt, für den ZE Mittel beim ZG anzufordern. Außerdem ist sie ermächtigt, Umwidmungen des Finanzierungsplans sowie Anpassungen des Finanzierungsplans aufgrund von Mittelrückmeldungen und Mittelrückzahlungen vorzunehmen.

Die PV kann eine Person oder mehrere Personen als Projektassistenz (PA) benennen und sie unterbevollmächtigen, im Rahmen ihrer Kompetenzen dem ZG gegenüber zu handeln. Diese Vollmacht (siehe Formularvorlage im DAAD-Portal „Bestätigung einer Projektassistenz“) ist dem ZG vorzulegen. Die PV hat außerdem dafür Sorge zu tragen, dass im DAAD-Portal stets nur solche Personen als PA aufgeführt werden, die auch tatsächlich diese Vollmacht haben.

5. Bankverbindung

Die Zuwendung wird auf das folgende Konto des ZE überwiesen werden:

Kontoinhaber Fondo Especial Facultad de Ciencias

IBAN: N/A

SWIFT BPOPCOBB

Kreditinstitut: Banco Popular

6. Mittelanforderung und Mittelverwendung, Durchführung

6.1 Der ZE übermittelt dem ZG seine Mittelanforderung.

Die Zuwendung darf anteilig mit etwaigen Zuwendungen anderer ZG und vorgesehenen eigenen und sonstigen Mitteln angefordert werden.

6.2 Auszahlungen aus dem Ansatz des Finanzierungsplans für das laufende Haushaltsjahr können nur sichergestellt werden, wenn die dazugehörige Mittelanforderung bis 25. November beim ZG eingereicht wird.

6.3 Zahlungen vor Empfang der Gegenleistung dürfen nur vorgenommen werden, soweit dies allgemein üblich oder durch besondere Umstände gerechtfertigt ist.

6.4 Als Deckungsmittel für alle mit dem Zuwendungszweck zusammenhängenden Ausgaben sind einzusetzen:

- Die Eigenbeteiligung des ZE,
- alle mit dem Zuwendungszweck zusammenhängenden sowie mit dem Vorhaben im Zusammenhang stehenden Einnahmen (z.B. Zuwendung/Weiterleitung; Investitionszulagen für vorhabenspezifische Anlagen; Leistungen Dritter; der Reinerlös von aus der Zuwendung angeschafften und wieder veräußerten Gegenständen; der Reinerlös, der sich bei einer Verschrottung von entwickelten Gegenständen, Versuchsanordnungen, Modellen und Baumustern (Prototypen), die nicht mehr genutzt werden können, ergibt. Als Grundlage für die Anerkennung dieses Wertes durch den ZG hat der ZE spätestens mit dem Verwendungsnachweis Wertvorschläge vorzulegen. Soweit der ZG den vorgesehenen Erlös des ZE für zu niedrig hält, ist der ZE verpflichtet, diese Teile des Ergebnisses dem ZG oder einem von diesem benannten Dritten zu übereignen und herauszugeben. Dem ZE wird der Anteil des vorgeschlagenen Wertes vergütet, der seiner prozentualen Eigenbeteiligung laut Zuwendungsvertrag entspricht).

Einnahmen des ZE durch den Abschluss von Verträgen, die die Verwertung des Ergebnisses oder Teile davon zum Gegenstand haben, sind nicht als Deckungsmittel einzusetzen.

6.5 Die Mittel sind sparsam und wirtschaftlich zu verwenden. Preisnachlässe und Skonti sind auszuschöpfen.

DAAD

- 6.6** Die Mittel sind alsbald zu verwenden. Eine alsbaldige Verwendung der Mittel liegt vor, wenn die Mittel innerhalb von sechs Wochen nach Auszahlung für fällige Zahlungen verbraucht werden.
- 6.7** Die Zuwendung darf nicht zur Finanzierung für Ausgaben herangezogen werden, die bereits aus anderen Mitteln finanziert werden (Verbot der Doppelförderung).

7. Mitteilungs- und Anzeigepflichten

- 7.1** Der ZE ist insbesondere verpflichtet, dem ZG unverzüglich schriftlich anzuzeigen, wenn
- er nach Vorlage des Finanzierungsplans oder nach Vorlage des Verwendungsnachweises weitere Zuwendungen für denselben Zweck bei anderen öffentlichen Stellen beantragt oder von ihnen erhält oder wenn er weitere Mittel von Dritten erhält,
 - der Zuwendungszweck oder sonstige für die Bewilligung der Zuwendung maßgeblichen Umstände sich ändern oder wegfallen,
 - sich herausstellt, dass der Zuwendungszweck mit der bewilligten Zuwendung nicht zu erreichen ist,
 - sich herausstellt, dass das Projektziel/die Projektziele nicht mehr zu erreichen ist/sind,
 - die angeforderten oder ausgezahlten Mittel nicht alsbald nach der Auszahlung für fällige Zahlungen verbraucht werden können,
 - er Kenntnis davon erhält, dass das geplante Vorhabenergebnis inzwischen von Dritten erreicht wurde,
 - durch eine Bekanntgabe des Vorhabens Rechte oder Interessen Dritter beeinträchtigt werden,
 - dem Vorhaben einschließlich der Verwertung des Ergebnisses Schutzrechte und Schutzrechanmeldungen Dritter entgegenstehen, die im Antrag nicht aufgeführt sind, und er hiervon Kenntnis erlangt. In diesem Zusammenhang hat der ZE auch mitzuteilen, unter welchen Voraussetzungen nach seiner Ansicht die Durchführung des Vorhabens einschließlich der Verwertung voraussichtlich dennoch möglich ist,
 - er die im Vorhaben gewonnenen Ergebnisse außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums und der Schweiz verwerten möchte, sofern die Verwertung von den Angaben im Antrag abweicht,
 - Abweichungen von der Projektbeschreibung, die die Zweckbindung der Zuwendung berühren zu erwarten sind,
 - ein Ereignis eintritt, welches dazu führt, dass der ZE, ein Mitglied seines Personals oder seiner geschäftsführenden und/oder sonstigen verwaltenden Organe, ein Gesellschafter oder ein Vertragspartner des ZE auf einer Sanktionsliste des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen, der EU oder der Bundesrepublik Deutschland gelistet werden oder er darüber Kenntnis erlangt, dass er oder eine der vorbezeichneten Personen auf einer solchen Sanktionsliste aufgeführt ist (vgl. Ziffer 12.3),
 - ihm bekannt wird, dass ein Verdacht auf Menschenhandel oder Kinderarbeit im Zusammenhang mit dem geförderten Projekt besteht (vgl. Ziffer 12.5),
 - zu inventarisierende Gegenstände innerhalb der zeitlichen Bindung nicht oder nicht mehr entsprechend dem Zuwendungszweck verwendet werden,
 - die Finanzierung des ggf. zu erbringenden Eigenanteils bzw. die Leistungen Dritter nicht mehr sichergestellt sind,

DAAD

- er einen Antrag auf Einleitung eines Schutzschirmverfahrens gemäß § 270 Insolvenzordnung stellt,
 - ein Insolvenzverfahren über sein Vermögen beantragt oder eröffnet wird.
- 7.2** Für den Fall der Nichtverfügbarkeit der zuzuwendenden Mittel aufgrund des Ausfalls der Zahlung des AA an den ZG verpflichtet sich der ZG, den ZE unverzüglich über die Nichtverfügbarkeit zu informieren.

8. Mittelrückmeldung

- 8.1** Der ZE ist verpflichtet, von ihm angeforderte Zuwendungsmittel, die nicht mehr zur Erfüllung des Zuwendungszwecks benötigt bzw. verwendet werden, anhand einer Änderung des Finanzierungsplans unverzüglich zurückzumelden und unter Angabe der Projekt ID 57677769 und des Haushaltsjahres auf das Konto des DAAD, IBAN: DE28 3708 0040 0208 5185 00, SWIFT-BIC: DRESDEFF370 zu überweisen.
- 8.2** Darüber hinaus ist der ZE verpflichtet, dem ZG anhand einer Änderung des Finanzierungsplans bis spätestens 15. September des jeweiligen Haushaltsjahres Mitteilung zu machen, falls die bis zu diesem Zeitpunkt nicht angeforderte Zuwendung nicht mehr oder nicht mehr in vollem Umfang benötigt wird.

9. Nachweis der Verwendung

- 9.1** Der ZE wird innerhalb von zwei Monaten nach Ablauf des Bewilligungszeitraums die Verwendung der Zuwendung nachweisen (Verwendungsnachweis). Der Verwendungsnachweis besteht aus einem Sachbericht und einem zahlenmäßigen Nachweis.
- 9.1.1** In dem Sachbericht ist auf die wichtigsten Positionen des zahlenmäßigen Nachweises einzugehen; dabei sind die Verwendung der Zuwendung und das erzielte Ergebnis im Einzelnen darzustellen sowie den vorgegebenen Zielen gegenüberzustellen.
- Beträgt der Bewilligungszeitraum mehr als ein Haushaltsjahr, darf der Sachbericht als Teil eines Zwischennachweises mit dem nächstfälligen Sachbericht verbunden werden, wenn der Berichtszeitraum für ein Haushaltsjahr drei Monate nicht überschreitet.
- 9.1.2** In dem zahlenmäßigen Nachweis sind die Einnahmen und Ausgaben in zeitlicher Folge und voneinander getrennt entsprechend der Gliederung des Finanzierungsplans auszuweisen. Der Nachweis muss alle mit dem Zuwendungszweck zusammenhängenden Einnahmen und Ausgaben enthalten.
- Dem Nachweis ist eine tabellarische Belegübersicht (Belegliste) beizufügen, in der die Ausgaben nach Art und in zeitlicher Reihenfolge getrennt aufgelistet sind. Sofern geltend gemachte Ausgaben ausschließlich auf Pauschalen beruhen, kann die Vorlage einer Belegliste durch einen anderen oder mehrere im Förderrahmen genannten Nachweis / genannte Nachweise ersetzt werden.
- 9.2** Beträgt der Bewilligungszeitraum mehr als ein Haushaltsjahr, ist die Verwendung der Zuwendung bis zum 28./29. Februar des jeweilig nächsten Haushaltsjahres durch einen Zwischennachweis nachzuweisen.
- Der Zwischennachweis besteht aus einem Sachbericht und einem zahlenmäßigen Nachweis. Ziffer 9.1 gilt mit Ausnahme der Vorlagefrist entsprechend.

- 9.3** Der ZE hat die Originalbelege (Einnahme- und Ausgabebelege) über die Einzelzahlungen und die Verträge über die Vergabe von Aufträgen sowie alle sonst mit der Förderung zusammenhängenden Unterlagen fünf Jahre nach Vorlage des Verwendungsnachweises aufzubewahren, sofern nicht nach steuerrechtlichen oder anderen Vorschriften eine längere Aufbewahrungsfrist bestimmt ist. Zur Aufbewahrung können auch Bild- und Datenträger verwendet werden. Das Aufnahme- und Wiedergabeverfahren muss den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung oder einer in der öffentlichen Verwaltung allgemein zugelassenen Regelung entsprechen.

Die Belege müssen die im Geschäftsverkehr üblichen Angaben und Anlagen enthalten, die Ausgabebelege insbesondere den Zahlungsempfänger, Grund und Tag der Zahlung, den Zahlungsbeweis und bei Gegenständen den Verwendungszweck. Außerdem müssen die Belege ein eindeutiges Zuordnungsmerkmal zu dem Projekt (z. B. Projekt-ID) enthalten.

Im Falle einer Anforderung von Belegen zur vertieften Prüfung durch den ZG oder andere Prüfberechtigte muss der Inhalt dieser Belege vom ZE in die deutsche Sprache übersetzt werden, wenn diese in einer Fremdsprache (außer Englisch und Französisch) erstellt wurden. Zweck und Anlass einer Zahlung müssen ohne weiteres aus dem Beleg ersichtlich sein.

Kann die Benutzung von Verkehrsmitteln im Ausland aufgrund der Ortssitte nicht belegt werden, ist die Höhe und Notwendigkeit der Zahlung gesondert zu begründen.

- 9.4** Falls zur Erfüllung des Zuwendungszwecks Gegenstände mit einem Anschaffungs- oder Herstellungswert von mehr als 800 Euro (ohne USt) im Einzelfall hergestellt oder erworben worden sind, ist dem Zwischen-/Verwendungsnachweis das Inventarverzeichnis über die im Abrechnungszeitraum beschafften oder hergestellten Gegenstände beizufügen.
- 9.5** Darf der ZE zur Erfüllung des Zuwendungszwecks Mittel an Dritte weiterleiten, hat er die von den empfangenden Stellen ihm gegenüber zu erbringenden Verwendungs- und Zwischennachweise entsprechend den Vorgaben der Ziffer 9 (Nachweis der Verwendung) zu prüfen und den Prüfvermerk sowie den Verwendungs- oder Zwischennachweis beizufügen.

10. Prüfungsrecht

Der ZG, das AA, der Bundesrechnungshof oder ein von ihnen Beauftragter ist berechtigt, Bücher, Belege und sonstige Geschäftsunterlagen anzufordern sowie die Verwendung der Zuwendung durch örtliche Erhebungen zu prüfen. Weitergehende Prüfrechte des Bundesrechnungshofs bleiben hiervon unberührt.

11. Datenschutzrechtliche Bestimmung und Statistische Daten

Zur Durchführung der bewilligten Förderung und der vorzunehmenden Prüfung der Verwendung ist die Verarbeitung personenbezogener Daten von an dem Projekt beteiligten betroffenen Personen durch den ZG erforderlich. Darüber hinaus ist der ZG aufgrund von Nachweis- und Berichtspflichten verpflichtet, erforderlichenfalls personenbezogene Daten von an dem Projekt beteiligten betroffenen Personen an die Mittelgeber des ZG sowie an mit der externen Prüfung beauftragte Dritte weiterzugeben. Insofern sichert der ZE zu, dass eine Rechtsgrundlage im Sinne des Artikel 6 Absatz 1 Datenschutz-Grundverordnung für die Weitergabe der personenbezogenen Daten der an dem Projekt beteiligten betroffenen Personen an den ZG zu den vorgenannten Zwecken vorliegt.

12. Anti-Geldwäsche, Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung, von Bestechung und Einhaltung von Embargos, von Menschenhandel und Kinderarbeit

- 12.1** Der ZE unterstützt keinerlei Maßnahmen, die Geldwäsche, Finanzierung terroristischer Handlungen oder Korruption begünstigen.

DAAD

- 12.2** Der ZE stellt aus der Zuwendung des ZG Dritten keine finanziellen Mittel oder sonstige wirtschaftliche Ressourcen zur Verfügung, die auf einer Sanktionsliste der Vereinten Nationen und/oder der EU aufgeführt sind, und zwar weder direkt noch indirekt. Im Rahmen des unter Ziffer 2 (Zuwendungszweck und Vertragsbestandteile) genannten Projektes darf der ZE nur mit Dritten, die zuverlässig sind und für die kein gesetzliches Verbot zur Aufnahme von Vertrags- oder Geschäftsbeziehungen besteht, solche Beziehungen aufnehmen und/oder unterhalten. Des Weiteren hält der ZE im Rahmen der Durchführung des Projektes Embargos und sonstige Handelsbeschränkungen der Vereinten Nationen, der EU und der Bundesrepublik Deutschland ein.
- 12.3** Der ZE informiert den ZG auf eigene Veranlassung unverzüglich über den Eintritt eines Ereignisses, welches dazu führt, dass der ZE, ein Mitglied seines Personals oder seiner geschäftsführenden und/oder sonstigen verwaltenden Organe, ein Gesellschafter oder ein Vertragspartner des ZE auf einer Sanktionsliste des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen, der EU oder der Bundesrepublik Deutschland gelistet werden. Dasselbe gilt, wenn der ZE darüber Kenntnis erlangt, dass er oder eine der vorbezeichneten Personen auf einer solchen Sanktionsliste aufgeführt ist.
- 12.4** Jegliche Form von Korruption ist untersagt. Der ZE darf im Zusammenhang mit der Durchführung dieses Projekts weder selbst noch durch Dritte Geschenke oder Vorteile anbieten, gewähren oder für sich oder andere annehmen oder fordern. Der ZE ist zudem verpflichtet, geeignete und angemessene Maßnahmen zur Korruptionsprävention und -bekämpfung vorzunehmen.
- 12.5** Jegliche Form von Menschenhandel und Kinderarbeit ist untersagt. Der ZE ist zudem verpflichtet, geeignete und angemessene Maßnahmen zur Bekämpfung von Menschenhandel und Kinderarbeit vorzunehmen. Sollte dem ZE bekannt werden, dass ein solcher Verdacht besteht, ist dem nachzugehen und der ZG umgehend zu informieren.
- 12.6** Der ZE hat alle von ihm an der Durchführung des Projektes Beteiligten (z.B. Weiterleitungsempfänger und Auftragnehmer) zu verpflichten, die genannten Bestimmungen dieser Ziffer während der Entwicklung des Projektes sowie im Zusammenhang mit der Durchführung des Projektes einzuhalten.
- 12.7** Der ZE hat den ZG unverzüglich über den Eintritt eines Verstoßes gegen eine Bestimmung dieser Ziffer zu informieren.

13. Subventions- und beihilfeerhebliche Tatsachen

- 13.1** Dem ZE ist die Subventionserheblichkeit dieser Förderung, seine diesbezügliche Offenbarungspflicht sowie der Straftatbestand des § 264 Strafgesetzbuch bekannt. Der ZE haftet dem ZG für Schäden, die diesem dadurch entstehen, dass der ZE ihm bei Vertragsschluss subventionserhebliche Tatsachen verschwiegen hat.
- 13.2** Die Zuwendung darf keine Beihilfe i.S.d. Art. 107 ff des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union darstellen, d.h. dass diese – auch im Rahmen einer eventuellen Weiterleitung – insbesondere nicht dazu verwendet werden darf, eine wirtschaftliche Tätigkeit des ZE oder eines Dritten zu fördern.

14. Gute wissenschaftliche Praxis

Der ZE ist verpflichtet, eine gute wissenschaftliche Praxis gemäß „**Leitlinien zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis (Kodex)**“ (<https://doi.org/10.5281/zenodo.3923602>) sicherzustellen.

15. Vorgehen in Krisenfällen und Sicherheit im Ausland

- 15.1** Es wird dringend geraten, bei der Planung und Durchführung von Aktivitäten im Ausland, die Reise- und Sicherheitshinweise und insbesondere die (Teil-)Reisewarnungen des Auswärtigen Amtes zu beachten (<https://www.auswaertiges-amt.de/de/ReiseUndSicherheit>).

Reisehinweise enthalten Informationen unter anderem über die Einreisebestimmungen eines Landes, medizinische Hinweise, straf- oder zollrechtliche Besonderheiten. Sie werden regelmäßig überprüft und aktualisiert.

Sicherheitshinweise machen auf besondere Risiken für Reisende und im Ausland lebende Deutsche aufmerksam. Sie können die Empfehlung enthalten, auf Reisen zu verzichten oder sie einzuschränken. Gegebenenfalls wird von nicht unbedingt erforderlichen oder allen Reisen abgeraten. Auch die Sicherheitshinweise werden regelmäßig überprüft und aktualisiert.

Reisewarnungen für ein Land oder **Teilreisewarnungen** für Regionen eines Landes enthalten einen *dringenden Appell* des Auswärtigen Amtes, Reisen in ein Land oder in eine Region eines Landes zu unterlassen. Sie werden nur dann ausgesprochen, wenn aufgrund einer *akuten Gefahr für Leib und Leben* vor Reisen in ein Land oder in eine bestimmte Region eines Landes *gewarnt* werden muss.

- 15.2** Der ZE ist verpflichtet, Reisende im Rahmen dieses Projektes dazu aufzufordern, sich vor Reiseantritt und fortlaufend während der Reise über die Reise- und Sicherheitshinweise des Auswärtigen Amtes zu informieren und diese zu beachten.
- 15.3** Liegt eine (Teil-)Reisewarnung des Auswärtigen Amtes vor, so wird dringend empfohlen, dem Appell des Auswärtigen Amtes zu folgen und Reisen in die entsprechende Region zu unterlassen.
- 15.4** Die Entscheidung über die Durchführung einer Reise liegt allein beim ZE. Soll - insbesondere trotz (Teil-)Reisewarnung - eine Reise eines Beschäftigten, Geförderten oder sonstigen begünstigten Dritten durchgeführt werden, liegt die Verantwortung für die Sicherheit des/der Reisenden beim ZE, der die Reise anordnet, genehmigt oder veranlasst.
- 15.5** Der ZE weist Reisende, die deutsche Staatsbürger sind – auch bei kürzeren Aufenthalten im Ausland – darauf hin, dass sie von der Möglichkeit Gebrauch machen sollten, sich in der Krisenvorsorgeliste des Auswärtigen Amtes (Elektronische Erfassung von Deutschen im Ausland – „Elefant“) zu registrieren (<https://krisenvorsorgeliste.diplo.de/>). Die Auslandsvertretungen vor Ort können, falls erforderlich, in Krisen- und sonstigen Ausnahmesituationen dadurch mit den Deutschen in ihrem Amtsbezirk schnell Verbindung aufnehmen.

16. Arbeits-, Steuer- und Sozialversicherungsrecht

Für die Einhaltung von arbeits-, tarif-, steuer- und sozialversicherungsrechtlichen Vorgaben und zutreffenden Bewertung von aus der Zuwendung finanzierten Beschäftigten des ZE ist dieser selbst verantwortlich.

17. Besserstellungsverbot

Dürfen aus der Zuwendung auch Personal- oder sächliche Verwaltungsausgaben geleistet werden und werden die Gesamtausgaben des ZE überwiegend aus Zuwendungen der öffentlichen Hand bestritten, darf der ZE seine Beschäftigten nicht besserstellen als vergleichbare Bundesbedienstete. Höhere Entgelte als nach dem TVöD sowie sonstige über- und außertarifliche Leistungen dürfen nicht gewährt werden. Die Sätze 1 und 2 gelten nicht, soweit eine Wissenschaftseinrichtung gemäß § 2 WissFG den bei ihr beschäftigten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern Gehälter oder Gehaltsbestandteile aus Mitteln zahlt, die weder unmittelbar noch mittelbar von der deutschen öffentlichen Hand finanziert werden. Satz 3 gilt auch für sonstige Personen, die im wissenschaftsrelevanten Bereich beschäftigt sind, wenn sie im Rahmen der Planung, Vorbereitung, Durchführung, Auswertung oder Bewertung von Forschungsvorhaben einen wesentlichen Beitrag leisten.

18. Vergabe von Aufträgen durch den ZE

18.1 Wenn die Zuwendung oder bei der Finanzierung durch mehrere Stellen der Gesamtbetrag der Zuwendung 100.000 Euro oder weniger beträgt, muss eine sparsame und wirtschaftliche Verwendung der Mittel sichergestellt werden. Aufträge mit einem geschätzten Auftragswert von bis zu 1.000 Euro (ohne USt) müssen daher nach einer formlosen Preisermittlung vergeben werden. Bei Auftragsvergaben mit einem geschätzten Auftragswert von mehr als 1.000 Euro (ohne USt) sollten mindestens drei schriftliche Vergleichsangebote eingeholt werden.

18.2 Wenn die Zuwendung oder bei der Finanzierung durch mehrere Stellen der Gesamtbetrag der Zuwendung mehr als 100.000 Euro beträgt, sind bei der Vergabe von Aufträgen folgende Regelungen anzuwenden:

18.2.1

Für die Vergabe von Liefer- und Dienstleistungen die Verfahrensordnung für die Vergabe öffentlicher Liefer- und Dienstleistungsaufträgen unterhalb der EU-Schwellenwerts (Unterschwellenvergabeordnung – UVgO). Die Verpflichtung zur Anwendung gilt nicht für folgende Vorschriften:

- § 22 zur Aufteilung nach Losen
- § 28 Abs. 1 Satz 3 zur Veröffentlichung von Auftragsbekanntmachungen
- § 30 zur Vergabebekanntmachung
- § 38 Abs. 2 bis 4 zu Form und Übermittlung der Teilnahmeanträge und Angebote
- § 44 zu ungewöhnlich niedrigen Angeboten
- § 46 zur Unterrichtung der Bewerber und Bieter

18.2.2

Aufträge bis zu einem Höchstwert von 25.000 Euro (ohne USt) dürfen gemäß § 8 Abs. 4 Nr. 17 UVgO unter Einhaltung der nachfolgenden Bestimmungen im Wege der Verhandlungsvergabe vergeben werden, ohne dass weitere Gründe nach § 8 Abs. 4 UVgO vorliegen müssen. Um die Wirtschaftlichkeit der Vergabe zu gewährleisten, sind folgende Ausführungsbestimmungen zu beachten:

- Lieferungen und Leistungen bis zu einem geschätztem Auftragswert von 1.000 Euro (ohne USt) können unter Berücksichtigung der Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit ohne ein Vergabeverfahren beschafft werden (Direktkauf gemäß § 14 UVgO),
- Lieferungen und Leistungen mit einem geschätztem Auftragswert von 1.000 Euro (ohne USt) bis 10.000 Euro (ohne USt) können nach Einholung von mindestens drei schriftlichen Angeboten im Rahmen der Verhandlungsvergabe vergeben werden,

- bei Lieferungen und Leistungen mit einem geschätztem Auftragswert von mehr als 10.000 Euro (ohne USt) bis 25.000 Euro (ohne USt) bedarf es vor der Einholung drei schriftlicher Angebote einer schriftlichen Aufforderung zur Abgabe eines Angebots (inkl. Leistungsbeschreibung).

18.3 Verpflichtungen des ZE als Auftraggeber gemäß Teil 4 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) bleiben unberührt.

18.4 Aufträge für Freiberufliche Leistungen können bis zum EU-Schwellenwert im Wege der Verhandlungsvergabe (ab geschätztem Auftragswert von 1.000 Euro (ohne USt) drei schriftliche Angebote) vergeben werden. Dabei ist so viel Wettbewerb zu schaffen, wie dies der Natur des Geschäfts oder nach den besonderen Umständen möglich ist.

19. Gegenstände und Inventarisierungspflicht

19.1 Gegenstände, die zur Erfüllung des Zuwendungszwecks erworben oder hergestellt werden, sind für den Zuwendungszweck zu verwenden und sorgfältig zu behandeln. Das Eigentum an den mit Hilfe der Zuwendung erworbenen oder hergestellten Gegenständen erwirbt der ZE. Über diese Gegenstände darf der ZE erst nach Ablauf der zeitlichen Bindung frei verfügen.

Für die zur Durchführung des Projekts beschafften Gegenstände mit einem Anschaffungs- oder Herstellungswert bis 800 Euro (ohne Umsatzsteuer (USt)) entspricht die Dauer der zeitlichen Bindung dem Bewilligungszeitraum.

Gegenstände (materielle Wirtschaftsgüter), deren Anschaffungs- oder Herstellungswert 800 Euro (ohne USt) übersteigt, sind zu inventarisieren. Software und Lizenzen (immaterielle Wirtschaftsgüter) sind nach den für den ZE geltenden allgemeinen Vorgaben zu inventarisieren.

In der Inventarisierungsliste müssen mindestens enthalten sein: Lfd. Nr.; Inv. Nr.; Zugang (Tag des Erwerbs); Anzahl; Gegenstand; Einzelpreis; Gesamtpreis; Abgang (Datum, Grund). Rechnungen über Beschaffungen von Gegenständen, die in der Bestandsliste nachzuweisen sind, sind mit dem Inventarisierungsvermerk zu versehen.

Gegenstände deren Anschaffungs- oder Herstellungswert 800 Euro (ohne USt) übersteigt und deren übliche Nutzungsdauer noch nicht abgelaufen ist, sind nach Ablauf des Bewilligungszeitraums nach Möglichkeit entweder für eine Anschlussförderung, für eine Förderung mit einem vergleichbaren Zweck zu verwenden oder zu veräußern und der Veräußerungserlös abzüglich der Veräußerungskosten (Netto-Verkaufserlös) an den ZG herauszugeben. Lässt sich weder eine weitere Verwendung für eine Anschlussförderung oder für einen vergleichbaren Zweck noch ein Netto-Verkaufserlös realisieren, ist der ZG vor Ablauf des Bewilligungszeitraums hierüber zu informieren; der ZG entscheidet auf der Grundlage von sachgerechtem Ermessen und in Abstimmung mit dem ZE, wie mit diesen Gegenständen zu verfahren ist.

19.2 Der Verlust von Gegenständen ist dem ZG unverzüglich anzuzeigen. Im Diebstahlsfall ist die von der örtlichen Polizei beglaubigte Anzeige beizufügen.

19.3 Der ZE ist verpflichtet, für Gegenstände, die ausschließlich für das Vorhaben erworben oder hergestellt werden und die während der Laufzeit des Vorhabens vollständig abgeschrieben werden sollen, alle ihm zustehenden, gesetzlich geregelten Investitionszulagen in Anspruch zu nehmen.

20. Öffentlichkeitsarbeit und Publikationen

DAAD

- 20.1** Erfolgen im Rahmen dieses Projekts Veröffentlichungen und Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit aller Art – beispielsweise Presseerklärungen, Publikationen, Arbeitsmaterialien, Berichte, Ankündigungen, Einladungen, Messen, Internetauftritte oder andere – ist mit dem Zusatz „gefördert vom DAAD aus Mitteln des **Auswärtigen Amts (AA)**“ öffentlichkeitswirksam auf die Förderung der jeweiligen Maßnahme durch das **Auswärtige Amt** gut sichtbar hinzuweisen.
- 20.2** Außerdem ist im Rahmen dieses Projekts bei Veröffentlichungen und Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit aller Art – beispielsweise Presseerklärungen, Publikationen, Arbeitsmaterialien, Berichte, Ankündigungen, Einladungen, Messen, Internetauftritte, Stipendienvereinbarungen oder andere – der DAAD als Förderorganisation zu nennen und das DAAD-Logo zu verwenden (siehe Nutzungshinweise mit Gestaltungsbeispiel unter www.daad.de/corporate-design).

21. Rechte und Veröffentlichung von Ergebnissen

- 21.1** Dem ZE stehen die Eigentumsrechte, gewerblichen Schutzrechte und Urheberrechte an den Ergebnissen zu.
- 21.2** Der ZE hat dem ZG ein nicht ausschließliches Nutzungsrecht einzuräumen. Im Falle von Herausgaben von Veröffentlichungen ist dem ZG eine angemessene Zahl von Freiemplaren zur Verfügung zu stellen. Bei Forschungs- und sonstigen wissenschaftlichen Arbeiten ist die Nutzbarmachung der Ergebnisse für die Allgemeinheit zu gestatten.
- 21.3** Im Fall einer geplanten Anmeldung gewerblicher Schutzrechte darf eine Veröffentlichung erst nach dieser Anmeldung erfolgen. Der ZE informiert den ZG unverzüglich über die Anmeldung.

22. Anzuwendender Wechselkurs

- 22.1** Wird die Zuwendung auf ein ausländisches Konto (nicht im Euro-Raum, nicht Euro-Konto) überwiesen, gilt der Umrechnungskurs auf dem Bankbeleg am Tag des Eingangs auf dem ausländischen Konto des ZE.
- 22.2** Bei dem Umtausch in Fremdwährungen gilt der Umtauschbeleg der Bank (auch Kontoauszug), der Wechselstube oder der Kreditkartenauszug als Nachweis des anzuwendenden Wechselkurses.

Ist der Nachweis eines Wechselkurses nicht möglich, ist der von der europäischen Kommission herausgegebene monatliche Buchungskurs des Euro anzuwenden. Die aktuellen Kurse sind im Internet unter https://ec.europa.eu/info/funding-tenders/how-eu-funding-works/information-contractors-and-beneficiaries/exchange-rate-infoeuro_de abrufbar. Dabei ist der Kurs maßgeblich, zu dessen Datum die Ausgabe stattgefunden hat.

23. Rücktritt vom Vertrag

ZG und ZE haben das Recht, aus wichtigem Grund vom Zuwendungsvertrag ganz oder teilweise zurückzutreten. Ein wichtiger Grund für einen Rücktritt des ZG liegt insbesondere vor, wenn

- die Zuwendung nicht oder nicht mehr für den vorgesehenen Zweck verwendet wird,
- die Zuwendung zweckwidrig verwendet wird,
- die Zuwendung nicht alsbald nach der Auszahlung zur Erfüllung des Zwecks verwendet wird,
- Verpflichtungen entsprechend diesem Zuwendungsvertrag durch den ZE nicht nachgekommen wird,

DAAD

- die Voraussetzungen für den Zuwendungsvertragsabschluss nachträglich entfallen sind,
- die Zuwendung durch arglistige Täuschung, Drohung oder Bestechung oder durch Angaben erwirkt wurde, die in wesentlicher Beziehung unrichtig oder unvollständig waren,
- der Zuwendungsbescheid des AA nach Maßgabe des Verwaltungsverfahrensgesetzes zurückgenommen oder widerrufen wird,
- dem ZG vom AA die erforderlichen Haushaltsmittel nicht zur Verfügung gestellt werden.

24. Rückzahlung/Erstattung der Zuwendung

- 24.1** Tritt der ZG vom Vertrag zurück, so ist der ZE verpflichtet, die an ihn weitergeleitete Zuwendung an den ZG ganz oder teilweise zurückzuzahlen.

Der Rückzahlungsanspruch des ZG ist mit Wirkung des Rücktritts in Höhe von fünf Prozentpunkten über dem Basiszinssatz gemäß § 247 BGB jährlich zu verzinsen.

Hat der ZE die Umstände, die zum Entstehen des Rücktrittsanspruchs geführt haben, nicht zu vertreten und wird die Zuwendung innerhalb der vom ZG gesetzten Frist zurückgezahlt, so kann von der Erhebung von Zinsen abgesehen werden.

- 24.2** Nicht verbrauchte Zuwendungsmittel (Restmittel) sind nach Erfüllung des Zuwendungszwecks unverzüglich an den ZG zurückzuzahlen.

Nicht fristgerecht zurückgezahlte Restmittel können für die Zeit ab Ablauf des Bewilligungszeitraums bis zum Eingang beim ZG mit fünf Prozentpunkten über dem Basiszinssatz gemäß § 247 BGB jährlich verzinst werden.

- 24.3** Werden ausgezahlte Zuwendungsmittel, die nicht mehr zur Erfüllung des Zuwendungszwecks benötigt bzw. verwendet werden, nicht unverzüglich zurückgemeldet und zurückgezahlt, können diese ab Auszahlung in Höhe von fünf Prozentpunkten über dem Basiszinssatz gemäß § 247 BGB jährlich verzinst werden.

- 24.4** Werden Zuwendungsmittel nicht innerhalb von sechs Wochen nach der Auszahlung zur Erfüllung des Zuwendungszwecks verwendet, so können für die Zeit von der Auszahlung bis zur zweckentsprechenden Verwendung ebenfalls Zinsen in Höhe von fünf Prozentpunkten über dem Basiszinssatz gemäß § 247 BGB jährlich verlangt werden; Entsprechendes gilt, soweit eine Leistung in Anspruch genommen wird, obwohl eigene und sonstige Mittel anteilig oder vorrangig einzusetzen sind.

25. Abtretungsverbot

Es ist grundsätzlich ausgeschlossen, eine Forderung aus diesem Zuwendungsvertrag an Dritte abzutreten; Ausnahmen bedürfen der schriftlichen Zustimmung des ZG.

26. Gerichtsstandvereinbarung und Schriftform

Als Gerichtsstand wird Bonn vereinbart.

Änderungen und Ergänzungen dieser Vereinbarung bedürfen der Schriftform.

27. Salvatorische Klausel

DAAD

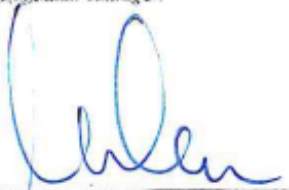
Sollten einzelne Bestimmungen dieses Zuwendungsvertrags unwirksam oder undurchführbar sein oder nach Vertragsschluss unwirksam oder undurchführbar werden, bleibt davon die Wirksamkeit des Vertrags im Übrigen unberührt. An die Stelle der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung soll diejenige wirksame und durchführbare Regelung treten, deren Wirkungen der wirtschaftlichen Zielsetzung am nächsten kommen, die die Vertragsparteien mit der unwirksamen bzw. undurchführbaren Bestimmung verfolgt haben. Die vorstehenden Bestimmungen gelten entsprechend für den Fall, dass sich der Vertrag als lückenhaft erweist.

Zuwendungsgeber

23.02.2023
Bonn, Datum

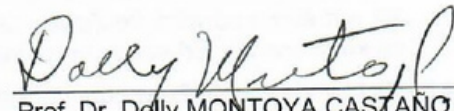
(Frank Merkle)

(Falls abweichend: Bitte streichen und Name und Funktion des/der Unterzeichnenden in Druckbuchstaben eintragen)


Rechtsverbindliche Unterschrift

Zuwendungsempfänger

15 FEB 2023
Bogotá, Datum w w


Prof. Dr. Dolly MONTOYA CASTAÑO
Rektorin
Unterzeichnenden in
Druckbuchstaben, Stempel/Siegel des
ZE)

Rechtsverbindliche Unterschrift

Projekt-ID:

Zuständige Arbeitseinheit:

Referatsleitung:

Sachbearbeitung:

Telefonnummer:

57677769

Referat P42

Frank Merkle

Christiane Dahmann

+49 (228) 882-656

Acuerdo de Subvención

Entre

el Servicio Alemán de Intercambio Académico (DAAD), Kennedyallee 50, 53175 Bonn, representada por el Secretario General, representada por Frank Merkle

-Donante de fondos

y

la Universidad Nacional de Colombia Bogotá, representada por la Prof. Dra. Dolly Montoya Castaño, Rectora, Carrera 30 No. 45-03, N/A Bogotá, representada por el suscrito Tratamiento

Título:	Ph. D.
Apellido:	Montoya Castaño
Nombre:	Dolly
Función:	Rectora de la Universidad Nacional de Colombia

-Beneficiario-

1. Importe de la subvención y tipo de financiación

La entidad financiadora (ZG) concede al beneficiario (ZE) una subvención no reembolsable de fondos del Ministerio Federal de Relaciones Exteriores (AA), para la financiación de proyectos de hasta **20.925,00 euros** (en letras: veinte mil novecientos veinticinco euros).

La subvención se concede en forma de financiación a tanto alzado.

*La subvención está sujeta a la provisión de fondos por parte del Ministerio Federal de Relaciones Exteriores (AA).

2. Finalidad prevista y partes del contrato

La subvención se concede para la ejecución del proyecto en el programa de financiación **Viajes de estudios para grupos de estudiantes extranjeros en Alemania 2023** y para la consecución del objetivo u objetivos del proyecto de acuerdo con la descripción del proyecto y el plan de financiación asociado de fecha 28.12.2022.

3. Período de aprobación

La subvención aprobada está a disposición de la ZE en el período del 1 de febrero de 2023 al 30 de junio de 2023.

Los fondos están destinados y exclusivamente para pagos en el período especificado.

4. Responsabilidad del proyecto

La ZE designa al siguiente responsable del proyecto (PV):

Dr. Germán PRIETO

Esta última está autorizada a solicitar fondos para la ZE a la ZG. También está autorizado a realizar reasignaciones del plan de financiación, así como ajustes del plan de financiación como consecuencia de devoluciones de fondos y reembolsos de fondos

El PV puede designar a una o varias personas como asistentes de proyecto (PA) y subautorizarlos para actuar frente a la ZG en el ámbito de sus competencias.

Este poder notarial (ver modelo de formulario en el portal del DAAD "Confirmación de un asistente de proyecto") debe presentarse a la ZG. El PV también es responsable de garantizar que en el portal del DAAD sólo figuran como PA aquellas personas que efectivamente tengan esta autoridad.

5. Datos bancarios

La subvención se transferirá a la siguiente cuenta ZE:

Titular de la cuenta: Fondo Especial Facultad de Ciencias

Código IBAN: No tiene

Código SWIFT: BPOPCOBB

Entidad Bancaria: Banco Popular

Cuenta de Ahorros 220-012-10633-2

6. Solicitud de fondos y utilización de los mismos, aplicación

6.1 El ZE transmite su solicitud de fondos al ZG.

La subvención puede solicitarse a prorrata de cualquier subvención de otros ZG y de fondos propios y otros fondos asignados.

6.2 Los desembolsos del plan de financiación para el ejercicio en curso sólo pueden garantizarse si la correspondiente solicitud de fondos se presenta a la ZG antes del 25 de noviembre.

6.3 Los pagos antes de la recepción de la contraprestación solo se pueden realizar si esta práctica es común o justificada por circunstancias especiales.

6.4 Todos los fondos de cobertura se utilizarán para todos los gastos relacionados con el propósito de la subvención.

- La contribución propia de la ZE,
- Todos los ingresos relacionados con la finalidad de la subvención y con el proyecto (por ejemplo, subvenciones/transferencias; subvenciones a la inversión en equipos específicos para el proyecto; servicios prestados por terceros; el producto neto de los artículos comprados y revendidos con la subvención; el producto neto del desguace de artículos desarrollados, dispositivos de prueba, modelos y prototipos que ya no puedan utilizarse. Como base para el reconocimiento de este valor por parte del ZG, el ZE debe presentar propuestas de valor con la prueba de uso como muy tarde. En la medida en que el ZG considere que los ingresos propuestos por la ZE son demasiado bajos, la ZE está obligada a transferir y ceder estas partes del resultado al ZG o a un tercero designado por éste. El ZE será remunerado por la parte de los ingresos propuestos que corresponda a su propio porcentaje de contribución según el Acuerdo de Financiación).

Ingresos de la ZE a través de la celebración de contratos que permitan la explotación del resultado o partes de los mismos, no deben utilizarse como cobertura.

6.5 Los fondos se utilizarán con moderación y economía. Las reducciones de precio y los descuentos son cansarse.

6.6 Los fondos se utilizarán lo antes posible. Los fondos se utilizan de inmediato si los fondos se utilizan para los pagos que vencen dentro de las seis semanas posteriores al pago.

6.7 La subvención no podrá utilizarse para financiar gastos que ya estén financiados con otros fondos (prohibición de doble financiación).

7. Obligaciones de notificación y divulgación

- 7.1. El ZE está particularmente obligado a notificar a la ZG por escrito inmediatamente si:
- después de la presentación del plan de financiación o después de la presentación de la prueba de uso

solicitó otras subvenciones con el mismo fin de otros organismos públicos o recibe de ellos o si recibe fondos adicionales de terceros,

- el propósito de la subvención u otro relevante para la aprobación de la subvención las circunstancias cambian o desaparecen,
- resulta que la finalidad de la subvención no puede alcanzarse con la subvención aprobada
- resulta que la(s) meta(s) del proyecto ya no se pueden alcanzar,
- los fondos solicitados o desembolsados no pueden utilizarse para pagos que venzan lo antes posible tras el desembolso,
- tiene conocimiento de que el resultado previsto del proyecto ha sido alcanzado entretanto por terceros,
- los derechos o intereses de terceros se vean afectados por la divulgación del proyecto,
- el proyecto, incluida la explotación del resultado, se oponga a derechos de propiedad industrial de terceros y a solicitudes de derechos de propiedad industrial que no figuren en la solicitud, y tenga conocimiento de ello. En este contexto, el ZE también debe indicar las condiciones en las que, en su opinión, es probable que pueda llevarse a cabo la ejecución del proyecto, incluida la explotación,
- desea explotar los resultados obtenidos en el proyecto fuera del Espacio Económico Europeo y Suiza si la explotación se desvía de la información facilitada en la solicitud,
- Cabe esperar desviaciones de la descripción del proyecto que afecten a la asignación de la subvención,
- ocurre un evento que resulta en que el ZE, un miembro de su personal o sus órganos de dirección y/u otros órganos de administración, un accionista o un socio contractual de la ZE en una lista de sanciones del Consejo de Seguridad Naciones Unidas, la UE o la República Federal de Alemania o él se da cuenta de que él o una de las personas antes mencionadas se encuentra en un está incluido en dicha lista de sanciones (cf. Sección 12.3),
- se da cuenta de que existe una sospecha de trata de personas o trabajo infantil en el existe una conexión con el proyecto financiado (cf. sección 12.5),
- Los artículos que se van a inventariar no o ya no están dentro del compromiso de tiempo utilizarse de acuerdo con el propósito previsto,
- la financiación de la aportación personal que haya que realizar o de los servicios de terceros están más seguros
- presenta una solicitud para el inicio de un procedimiento de escudo protector de conformidad con la Sección 270 reglamento de insolvencia
- se solicita o abre un procedimiento de insolvencia contra sus bienes.

7. 2 En caso de que los fondos a otorgar no estén disponibles debido a la falla del Pago del AA a la ZG, la ZG se compromete a informar a la ZE inmediatamente sobre él para informar la indisponibilidad.

8. Reinscripción de fondos.

- 8.1. El ZE está obligado a comunicar inmediatamente los fondos solicitados por él que ya no sean necesarios o utilizados para el cumplimiento de la finalidad de la subvención mediante una modificación del plan de financiación y a transferirlos a la cuenta del DAAD, IBAN: DE28 3708 0040 0208 5185 00, SWIFT-BIC: DRESDEFF370, indicando el ID del proyecto 57677769 y el ejercicio financiero.
- 8.2. Además, la ZE está obligada a informar a la ZG mediante una modificación del plan de financiación, a más tardar el 15 de septiembre del ejercicio correspondiente, en caso de que la subvención no solicitada en ese momento ya no sea necesaria o deje de serlo en su totalidad.

9. Prueba de uso

- 9.1. El ZE aportará pruebas del uso de la subvención en un plazo de dos meses tras la finalización del periodo de subvención (prueba de uso). La prueba de uso consiste en un informe fáctico y una prueba numérica.
 - 9.1.1 El informe fáctico abordará los puntos más importantes de las pruebas numéricas; el uso de la subvención y el resultado obtenido se presentarán detalladamente y se compararán con los objetivos especificados. Si el periodo de subvención es superior a un ejercicio presupuestario, el informe fáctico podrá combinarse con el siguiente informe fáctico vencido como parte de un informe intermedio si el periodo de referencia de un ejercicio presupuestario no supera los tres meses.
 - 9.1.2 Los justificantes numéricos mostrarán los ingresos y los gastos por orden cronológico y separados entre sí, de acuerdo con la estructura del plan de financiación. El justificante debe contener todos los ingresos y gastos relacionados con la finalidad de la subvención. La prueba debe ir acompañada de una relación tabular de los recibos (lista de recibos) en la que los gastos figuren por separado, por tipo y en orden cronológico. Si los gastos solicitados se basan exclusivamente en cantidades a tanto alzado, la presentación de una lista de recibos podrá sustituirse por uno o varios de los otros medios de prueba especificados en el marco de financiación.
- 9.2. Si el periodo de aprobación es superior a un ejercicio presupuestario, la utilización de la subvención deberá acreditarse mediante una declaración intermedia antes del 28/29 de febrero del ejercicio presupuestario siguiente correspondiente. La prueba provisional consistirá en un informe fáctico y una prueba numérica. La cláusula 9.1 se aplica en consecuencia, a excepción del plazo de presentación
- 9.3. El ZE debe conservar los recibos originales (documentos de ingresos y gastos) de los pagos individuales y los contratos de adjudicación, así como todos los demás documentos relacionados con la financiación, durante los cinco años siguientes a la presentación de la prueba de utilización, salvo que la legislación fiscal u otras normativas estipulen un periodo de conservación más largo. Los soportes de imágenes y datos también pueden utilizarse para el almacenamiento. El procedimiento de registro y reproducción debe ajustarse a los principios de buena contabilidad o a una normativa generalmente aceptada en la administración pública.
 Los comprobantes deben contener la información y los anexos habituales en las transacciones comerciales, los comprobantes de gastos, en particular, el beneficiario, el motivo y la fecha del pago, la prueba del pago y, en el caso de los objetos, la finalidad de uso. Además, los recibos deben contener un identificador único para el proyecto (por ejemplo, ID del proyecto).
 En el caso de una solicitud de documentos justificativos para una auditoría en profundidad por parte del ZG u otros auditores autorizados, el contenido de estos documentos deberá ser traducido al alemán por el RC si han sido elaborados en un idioma extranjero (excepto inglés y francés). La finalidad y el motivo de un pago deben desprenderse fácilmente del recibo. Si el uso de medios de transporte en el extranjero no puede justificarse debido a las costumbres locales, el importe y la necesidad del pago deberán justificarse por separado.
- 9.4. Si se han producido o adquirido artículos con un valor de adquisición o producción superior a 800 euros (IVA excluido) en un caso individual para cumplir el objetivo de la subvención, deberá adjuntarse a la declaración provisional/de utilización el inventario de los artículos adquiridos o producidos en el periodo contable.
- 9.5. Si el ZE está autorizado a prestar fondos a terceros para cumplir el objetivo de la subvención, deberá comprobar las pruebas de utilización y las pruebas provisionales de utilización que le proporcionen los organismos receptores de conformidad con los requisitos del punto 9 (Pruebas de utilización) y adjuntar el certificado de auditoría y las pruebas de

utilización o las pruebas provisionales de utilización.

10.Ley de auditoría

La ZG, la AA, el Tribunal Federal de Cuentas o un representante de ellos tiene derecho a Solicitar libros, recibos y otros documentos comerciales y el uso de la Consultar subvención a través de encuestas locales. Otros derechos de prueba del La Oficina Federal de Auditoría no se ve afectada por esto.

11.Política de Privacidad y Datos Estadísticos

Para llevar a cabo la financiación aprobada y el examen de uso, es necesario el procesamiento de datos personales de los involucrados en el proyecto por parte de la ZG. Además, debido a la obligación de aportar pruebas y comunicar, la ZG está obligada a transmitir los datos de carácter personal de las personas involucradas en el proyecto a los financiadores de la ZG, así como a terceros encargados de la auditoría externa. En este sentido, la ZE asegura que existe una base jurídica en el sentido del artículo 6, apartado 1, del Reglamento General de Protección de Datos para la divulgación de los datos personales de los involucrados en el proyecto a ZG para los fines antes mencionados.

12.Lucha contra el blanqueo de dinero, la financiación del terrorismo, el soborno y el cumplimiento de embargos, la trata de seres humanos y el trabajo infantil.

12.1. ZE no apoya ninguna medida que fomente el blanqueo de dinero, la financiación de actos terroristas o la corrupción.

12.2. La ZE no pondrá a disposición de terceros, con cargo a la subvención de la ZG, recursos financieros u otros recursos económicos que estén incluidos en una lista de sanciones de las Naciones Unidas y/o de la UE, ya sea directa o indirectamente. En el ámbito del proyecto mencionado en el punto 2 (Objeto de la subvención y componentes contractuales), el ZE sólo podrá entablar y/o mantener este tipo de relaciones con terceros que sean fiables y para los que no exista ninguna prohibición legal de entablar relaciones contractuales o comerciales. Además, el ZE respetará los embargos y otras restricciones comerciales de las Naciones Unidas, la UE y la República Federal de Alemania en el contexto de la ejecución del proyecto.

12.3. El ZE informará inmediatamente al ZG, por iniciativa propia, del acaecimiento de un hecho que dé lugar a que el ZE, un miembro de su personal o de sus órganos ejecutivos y/u otros órganos directivos, un accionista o un socio contractual del ZE figuren en una lista de sanciones del Consejo de Seguridad de las Naciones Unidas, de la UE o de la República Federal de Alemania. Lo mismo se aplicará si la ZE tiene conocimiento de que ella misma o una de las personas mencionadas figura en dicha lista de sanciones.

12.4. Queda prohibida cualquier forma de corrupción. La ZE no podrá ofrecer, conceder ni aceptar o exigir regalos o beneficios para sí misma o para terceros en relación con la ejecución de este proyecto, ni por sí misma ni a través de terceros. ZE también está obligada a tomar medidas adecuadas y razonables para prevenir y combatir la corrupción. -lucha contra la corrupción.

12.5. Está prohibida cualquier forma de trata de seres humanos y de trabajo infantil. La ZE también está obligada a tomar medidas adecuadas y apropiadas para combatir la trata de seres humanos y el trabajo infantil. Si la ZE tiene conocimiento de que existe tal sospecha, deberá investigarla e informar inmediatamente al ZG.

12.6. La ZE exigirá a todas las partes implicadas por ella en la ejecución del Proyecto (por ejemplo, los receptores de la transmisión ulterior y los contratistas) que cumplan dichas disposiciones de esta Cláusula durante el desarrollo del Proyecto, así como en relación con la ejecución del Proyecto.

- 12.7. El ZE notificará inmediatamente al ZG el incumplimiento de cualquiera de las disposiciones de la presente cláusula.

13. Hechos relevantes en materia de subvenciones y ayudas

- 13.1. El ZE es consciente de la relevancia subvencional de esta financiación, de su deber de información al respecto y de la infracción penal prevista en el artículo 264 del Código Penal. La ZE será responsable ante la ZG de los daños y perjuicios sufridos por ésta debido a que la ZE ocultó a la ZG hechos relevantes para la subvención al celebrar el contrato.
- 13.2. La subvención no puede constituir una ayuda en el sentido del artículo 107 y siguientes del Tratado de Funcionamiento de la Unión Europea, es decir, en particular no puede utilizarse -incluso en el contexto de una posible transferencia posterior- para promover una actividad económica de la ZE o de un tercero.

14. Buena práctica científica

La ZE está obligada a garantizar las buenas prácticas científicas de acuerdo con las "Directrices para garantizar las buenas prácticas científicas (Código)" (<https://doi.org/10.5281/zenodo.3923602>).

15. Gestión de crisis y seguridad en el exterior

- 15.1. Se recomienda encarecidamente, al planificar y realizar actividades en el extranjero, leer la información de viaje y seguridad y, en particular, las advertencias de viaje (parciales) del Ministerio de Asuntos Exteriores (<https://www.auswaertiges-amt.de/de/ReiseUndSicherheit>).
- Los consejos de viaje contienen información, entre otras cosas, sobre los requisitos de entrada de un país, datos médicos y particularidades del derecho penal o aduanero. Serán revisados y actualizados periódicamente.
- Las instrucciones de seguridad llaman la atención sobre los riesgos especiales para los viajeros y las personas que viven en el extranjero. Pueden contener la recomendación de abstenerse de viajar o de restringirlo. Es posible que se desaconsejen los viajes no esenciales o todos. Las instrucciones de seguridad también se revisan y actualizan regularmente.
- Las Advertencias de viaje para un país o Advertencias de viaje parciales para regiones de un país contienen un llamamiento urgente del Ministerio Federal de Relaciones Exteriores para abstenerse de viajar a un país o a una región de un país. Se pronuncian sólo cuando hay un peligro grave para la vida y la integridad física antes de viajar a un país o a región específica.
- 15.2. La ZE está obligada a solicitar a los viajeros en el contexto de este proyecto que se informen al inicio del viaje y continuamente durante este sobre las instrucciones de viaje y seguridad del Ministerio Federal de Relaciones Exteriores.
- 15.3. Si hay una advertencia de viaje (parcial) del Ministerio Federal de Relaciones Exteriores, se recomienda encarecidamente que siga el llamamiento del Ministerio Federal de Relaciones Exteriores y se abstenga de viajar a la región correspondiente.
- 15.4. La decisión de realizar un viaje corresponde únicamente al ZE. Si, en particular, a pesar de una advertencia de viaje (parcial), un empleado, persona patrocinada u otro tercero beneficiario debe viajar, la responsabilidad por la seguridad del viajero recae en el ZE que organiza, autoriza o inicia el viaje.
- 15.5. La ZE aconseja a los viajeros que son ciudadanos alemanes, incluso para estancias más cortas en el extranjero, que deben hacer uso de la opción de registrarse en el Lista de prevención de crisis del Ministerio Federal de Relaciones Exteriores (registro electrónico de

alemanes en el extranjero: "Elephant") (<https://elefand.diplo.de>). Las representaciones extranjeras en el sitio pueden, si es necesario, establecer contacto rápidamente con los alemanes en su distrito administrativo en crisis y otras situaciones excepcionales.

16.Derecho laboral, tributario y de la seguridad social

El empleado de ZE es responsable del cumplimiento de la normativa laboral, de negociación colectiva, fiscal y de seguridad social y de la correcta liquidación de los empleados de la ZE financiada con cargo a la subvención.

17.Prohibición de mejora

Si la subvención puede utilizarse también para pagar gastos administrativos de personal o materiales y si los gastos totales de la ZE están cubiertos predominantemente por subvenciones públicas, la ZE no puede conceder a sus empleados mejores condiciones que a los empleados federales comparables. No pueden concederse salarios superiores a los previstos en el TVöD ni otras prestaciones por encima o fuera de la escala salarial. Las frases 1 y 2 no se aplicarán en la medida en que una institución científica conforme a la sección 2 WissFG pague a los científicos y estudiosos empleados por ella salarios o componentes salariales procedentes de fondos que no estén financiados directa ni indirectamente por el sector público alemán. La frase 3 también se aplicará a otras personas empleadas en el ámbito de la ciencia si contribuyen de forma significativa a la planificación, preparación, ejecución, evaluación o valoración de proyectos de investigación.

18.Adjudicación de contratos por la ZE

18.1. Si la subvención o, en caso de financiación por varios organismos, el importe total de la subvención es igual o inferior a 100.000 euros, deberá garantizarse que los fondos se utilizan de forma económica y rentable. Por lo tanto, los contratos con un valor estimado de hasta 1.000 euros (IVA excluido) deben adjudicarse tras una determinación informal del precio. En el caso de contratos con un valor estimado superior a 1.000 (IVA excluido), deben obtenerse al menos tres ofertas comparativas por escrito.

18.2. Si la subvención o el importe total de la subvención es superior a 100.000 euros, con financiación aportada por más de una entidad, se deberán aplicar las siguientes reglas en la adjudicación de los contratos:

18.2.1 Para la adjudicación de suministros y servicios, las reglas de procedimiento para la adjudicación de contratos públicos de suministro y servicios por debajo del umbral de la UE (Reglamento de contratación por debajo del umbral - UVgO). La obligación de solicitar no se aplica a las siguientes regulaciones:

- Sección 22 sobre la división en lotes
- Artículo 28 (1), frase 3 sobre la publicación de anuncios de contrato
- Artículo 30 del anuncio de adjudicación
- Sección 38 (2) a (4) sobre la forma y transmisión de solicitudes de participación y ofertas
- Sección 44 sobre ofertas inusualmente bajas
- Sección 46 para informar a los solicitantes y licitadores

18.2.2

Los contratos por un valor máximo de 25.000 euros (IVA excluido) podrán adjudicarse por procedimiento negociado de conformidad con el artículo 8, apartado 4, n° 17 UVgO, siempre que se cumplan las siguientes disposiciones, sin necesidad de motivación adicional de conformidad con el artículo 8, apartado 4 UVgO. Para garantizar la eficacia económica de la adjudicación, deben observarse las siguientes disposiciones de aplicación:

- Los suministros y servicios con un valor contractual estimado de hasta 1.000 euros (IVA excluido) pueden adquirirse sin procedimiento de adjudicación, teniendo en cuenta los principios de economía y ahorro (compra directa con arreglo al artículo 14 UVgO),
- Los suministros y servicios cuyo valor estimado de contrato oscile entre 1.000 euros (IVA excluido) y 10.000 euros (IVA excluido) podrán contratarse mediante procedimiento negociado, previa presentación de al menos tres ofertas por escrito,
- Para suministros y servicios con un valor estimado de contrato superior a 1,5 millones de euros. 10.000 (IVA excluido) a 25.000 (IVA excluido), se requiere una invitación escrita a presentar una oferta (que incluya una descripción de los servicios) antes de obtener tres ofertas escritas.

18.3. Las obligaciones del ZE como cliente según la Parte 4 de la Ley contra las Restricciones de la Competencia (GWB) no se ven afectadas.

18.4. Los contratos de servicios independientes pueden ser hasta el umbral de la UE a modo de adjudicación negociada (tres ofertas escritas a partir de un valor de pedido estimado de 1.000 euros (sin IVA)). Al hacerlo, se debe crear tanta competencia como lo permita la naturaleza del negocio o las circunstancias especiales.

19. Objetos y obligación de inventario

19.1. Artículos que se compran o fabrican para cumplir con el propósito de la subvención deben utilizarse para el fin previsto y tratarse con cuidado.

La ZE adquiere la propiedad de los objetos adquiridos o fabricados con ayuda de la donación. Sin embargo, sólo podrá disponer libremente de estos objetos una vez vencido el tiempo de compromiso.

Para los objetos adquiridos para la ejecución del proyecto con un valor de adquisición o producción de hasta 800 euros (excluido el impuesto sobre el valor añadido (IVA)), la duración del compromiso temporal corresponde al periodo de subvención. Los artículos (activos materiales) con un valor de adquisición o producción superior a 800 euros (IVA excluido) deben inventariarse. Los programas informáticos y las licencias (inmovilizado inmaterial) deben inventariarse de conformidad con los requisitos generales aplicables al ZE. La lista de inventario debe contener al menos: Lfd. N°; n° inv.; adquisición (fecha de adquisición); número; objeto; precio unitario; precio total; enajenación (fecha, motivo). Las facturas de las adquisiciones de objetos que deban figurar en la lista de inventario se marcarán con la nota de inventario. Los objetos cuyo valor de adquisición o producción supere los 800 euros (IVA excluido) y cuya vida útil habitual aún no haya expirado deberán utilizarse, si es posible, una vez finalizado el periodo de subvención, bien para una subvención de seguimiento, bien para una subvención con una finalidad comparable, o bien venderse y el producto de la venta menos los costes de la misma (producto neto de la venta) deberá devolverse a la ZE. En caso de que no se pueda dar otro uso a la financiación posterior o a un fin comparable, ni tampoco a los ingresos netos de las ventas, deberá informarse de ello al ZG antes de que finalice el periodo de financiación; el ZG decidirá con la debida discreción y en consulta con la ZE cómo proceder con estos objetos.

19.2. La pérdida de artículos debe informarse al ZG de inmediato. En caso de robo adjuntar un informe certificado por la policía local.

19.3. La ZE está obligada al pago de los artículos que se adquieran exclusivamente para el proyecto o producido y que será totalmente depreciado durante la vida del proyecto deben reclamar todos los derechos de inversión legalmente regulados a los que tienen derecho ganar peso.

20. Relaciones Públicas y Publicaciones

- 20.1. Si en el marco de este proyecto se llevan a cabo publicaciones y medidas de relaciones públicas de cualquier tipo -por ejemplo, comunicados de prensa, publicaciones, material de trabajo, informes, anuncios, invitaciones, ferias, páginas web u otros-, deberá utilizarse la adición "financiado por el DAAD con fondos del Ministerio Federal de Asuntos Exteriores (AA)" para indicar claramente al público que la medida respectiva está financiada por el Ministerio Federal de Asuntos Exteriores.
- 20.2. Además, deberá mencionarse al DAAD como entidad financiadora y deberá utilizarse el logotipo del DAAD en publicaciones y medidas de relaciones públicas de todo tipo en el marco de este proyecto - por ejemplo, comunicados de prensa, publicaciones, materiales de trabajo, informes, anuncios, invitaciones, ferias, páginas web, convenios de becas u otros (véanse las instrucciones de uso con ejemplo de diseño en www.daad.de/corporate-design).

21. Derechos y Publicación de Resultados

- 21.1. La ZE es titular de los derechos de propiedad, derechos de propiedad industrial y derechos de autor de los resultados también.
- 21.2. El ZE debe otorgar a la ZG un derecho de uso no exclusivo. En caso de Números de publicaciones es el ZG un número apropiado de para proporcionar copias gratuitas. Para la investigación y otras actividades científicas trabajo, se permitirá la utilización de los resultados para el público en general.
- 21.3. En el caso de una solicitud prevista de derechos de propiedad industrial, la publicación sólo podrá tener lugar después de que se haya presentado dicha solicitud. El ZE informará sin demora al CC de la solicitud.

22. Tipo de cambio aplicable

- 22.1. Si la prestación se transfiere a una cuenta extranjera (zona no euro, cuenta no euro), se aplicará el tipo de conversión del recibo bancario del día de la recepción en la cuenta extranjera de la ZE.
- 22.2. En caso de cambio en divisas, el comprobante de cambio del banco (también extracto de cuenta), la oficina Si no es posible acreditar un tipo de cambio, se aplicará el tipo de reserva mensual del euro publicado por la Comisión Europea. Los tipos actuales pueden consultarse en Internet: https://ec.europa.eu/info/funding-tenders/how-eu-funding-works/information-contractors-and-beneficiaries/exchange-rate-infoeuro_en. Se aplicará el tipo de cambio vigente en la fecha de emisión.

De cambio o el extracto de la tarjeta de crédito se considerarán prueba del tipo de cambio aplicable.

23. Cancelación del Contrato

El ZG y el ZE tienen derecho a rescindir total o parcialmente el convenio de subvención por motivos justificados. Existe una causa justificada para la retirada por parte de la ZE, en particular si

la subvención no se utiliza o deja de utilizarse para el fin previsto,

la subvención se utilice de forma inadecuada,

la subvención no se utiliza para cumplir la finalidad inmediatamente después del pago,

el ZE incumpla las obligaciones que le incumben en virtud del presente Acuerdo de Financiación,

las condiciones previas para la celebración del convenio de subvención han dejado de aplicarse posteriormente,

la subvención se obtuvo mediante engaño fraudulento, amenaza o soborno o facilitando información materialmente incorrecta o incompleta,

la notificación de adjudicación de la AA se retira o revoca de conformidad con la Ley de Procedimiento Administrativo,

la AA no pone a disposición del ZE los fondos presupuestarios necesarios.

24.Reembolso de la subvención

- 24.1. Si el ZG se retira del contrato, el ZE estará obligado a reembolsar al ZG la totalidad o parte del beneficio que se le haya repercutido. La reclamación de reembolso del ZG devengará intereses anuales a un tipo de cinco puntos porcentuales por encima del tipo básico, de conformidad con el artículo 247 del Código Civil alemán (BGB), con efecto a partir de la retirada. Si el ZE no es responsable de las circunstancias que dieron lugar a la solicitud de supresión y si la prestación se reembolsa en el plazo fijado por la ZG, no se le podrán exigir intereses.
- 24.2. Los fondos de subvención no utilizados (fondos residuales) deben devolverse al ZG inmediatamente después de que se haya cumplido la finalidad de la subvención.
- Los fondos residuales no reembolsados a su debido tiempo pueden estar sujetos a un interés anual de cinco puntos porcentuales por encima del tipo básico, de conformidad con el artículo 247 del Código Civil alemán (BGB), durante el período comprendido entre el final del período de subvención y su recepción por el ZG.
- 24.3. Si los fondos desembolsados que ya no se necesitan o no se utilizan para cumplir la finalidad de la subvención no se comunican y reembolsará sin demora, pueden estar sujetos a intereses anuales a un tipo de cinco puntos porcentuales por encima del tipo básico, de conformidad con el artículo 247 del Código Civil alemán (BGB), a partir de la fecha de desembolso.
- 24.4. Si los fondos no se utilizan para cumplir la finalidad de la subvención en un plazo de seis semanas a partir del pago, se podrán aplicar además intereses anuales a un tipo de cinco puntos porcentuales por encima del tipo básico, de conformidad con el artículo 247 del Código Civil alemán (BGB), por el período comprendido entre el pago y la utilización de los fondos para la finalidad; lo mismo se aplicará si se solicita una prestación aunque los fondos propios y ajenos deban utilizarse proporcionalmente o con prioridad.

25.Prohibición de cesión

Es fundamentalmente imposible hacer una reclamación de este acuerdo de subvención. ceder a terceros; Las excepciones requieren el consentimiento por escrito de la ZG.

26.Acuerdo de Jurisdicción y Forma Escrita

Se acuerda Bonn como lugar de jurisdicción.

Los cambios y adiciones a este acuerdo deben hacerse por escrito.

27.Cláusula de salvedad

Si alguna de las disposiciones de este acuerdo de subvención fuera inválida o inaplicable o dejara de serlo tras la celebración del acuerdo, la validez del resto de las disposiciones del acuerdo no se verá afectada. La disposición inválida o inaplicable será sustituida por una disposición válida y aplicable cuyos efectos se aproximen lo más posible al objetivo económico perseguido por las partes contratantes con la disposición inválida o inaplicable.

Las disposiciones anteriores se aplicarán mutatis mutandis en caso de que el contrato resulte incompleto.

DAAD

Concedente Concedente

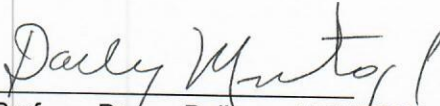
Bonn, fecha lugar, fecha

Bogotá, Fecha y lugar

15 FEB 2023

(Frank Merkle)

*Si es diferente: borre nombre y
Función del firmante en Introduzca
letras de imprenta.


Prof. Dr. Dolly MONTOYA
CASTAÑO

Rektorin

Unterzeichnenden in
Druckbuchstaben,
Stempel/Siegel des ZE)

Firma legalmente vinculante

Firma legalmente vinculante

Identificación del proyecto: 57677769 Unidad de trabajo responsable: Unidad P42 Jefe de departamento:
Frank Merkle Procesamiento: Christiane Dahmann Teléfono: +49 (228) 882-656